



Neues Vertrauen durch glaubwürdige Politik

**Politische Merkmale 2008 der Parlamentarischen Linken
in der SPD-Bundestagsfraktion**

Berlin, 12. Februar 2008

Neues Vertrauen durch glaubwürdige Politik

Politische Merkpunkte 2008 der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion

Der Hamburger Parteitag wirkt!

Mit dem Hamburger Parteitag im Oktober 2007 hat die SPD mit Kurt Beck eine Trendwende geschafft. Bei der Landtagswahl in Hessen ist es mit Andrea Ypsilanti und ihrem offensiven und profilierten Wahlkampf gelungen, Vertrauen bei Wählerinnen und Wählern zurück zu gewinnen. Die hessische Landtagswahl liefert damit wichtige Anhaltspunkte für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik.

- Politik für soziale Gerechtigkeit ist keine Klientelpolitik. Ein links-sozialdemokratisch geprägter Politikentwurf hat erfolgreich die Mitte der Gesellschaft erreicht. Gute Arbeit, gute Bildung, sozialer Ausgleich, konkret: faire Entlohnung, wirksame Arbeitnehmerrechte, längeres gemeinsames Lernen, Abschaffung von Studiengebühren und eine effektive Armutsbekämpfung sind keine Randthemen, sondern stehen im Zentrum der Erwartungshaltung der Mehrheit der Bevölkerung an eine solidarische Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit und Zukunftschancen für alle sind die erfolgreiche Kernbotschaft der SPD.
- Die Verknüpfung von Wirtschafts- und Umweltpolitik zu einem Konzept des ökonomisch-ökologischen Umbaus der Gesellschaft stellt eine glaubwürdige und mobilisierungsfähige sozialdemokratische Alternative zu einer reinen Steuersenkungs- und Deregulierungspolitik liberal-konservativer Prägung dar. Ökologischer Umbau als Antwort auch auf die ökonomischen Risiken konnte als Reformkonzept überzeugen.
- Die Wahlergebnisse der Linken in Hessen und Niedersachsen zeigen, dass es die Linke umso schwerer hat, in westdeutsche Länderparlamente einzuziehen, je mehr eigene Wähler die SPD mobilisieren kann und je höher die Wahlbeteiligung insgesamt ist. Die SPD ist darauf angewiesen, dass ihr in der großen Koalition oder als Oppositionspartei in Länderparlamenten eine aktive Profilbildung und Abgrenzung gegenüber der Union gelingt und sie die „abwartenden“ Wähler so für sich gewinnen kann.
- Eine differenzierte Diskussion über komplexe Themen kann in Wahlkämpfen erfolgreich sein, wenn sie sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert. In einem solchen Debattenumfeld kann blanker Populismus nicht bestehen. Gleichzeitig können neue Wählergruppen für die SPD gewonnen werden, und das bis in das sogenannte bürgerliche Lager hinein. Genau dies muss auch der Anspruch einer linken Volkspartei sein.

Zentrale Erkenntnis aus dem SPD-Erfolg in Hessen ist dabei, dass wichtige Grundlagen für Wahlerfolge vor dem eigentlichen Wahlkampf gelegt werden. Nur wenn es gelingt, sich langfristig Glaubwürdigkeit in zentralen Politikfeldern zu erarbeiten, kann eine Wahlkampagne erfolgreich daran anknüpfen. Das Verhalten der SPD auf bestimmten Politikfeldern in der Großen Koalition wird dafür maßgeblich sein, mit welcher Aufstellung sie in die kommenden Bundestagswahlen gehen kann.

Konjunktur stabilisieren – Aus der Krise Lehren ziehen

Die durch den US-Immobilienmarkt ausgelöste Krise auf den internationalen Finanzmärkten hat denjenigen Recht gegeben, die schon länger vor entsprechenden Risiken und Instabilitäten gewarnt haben. Zum zweiten Mal platzt eine spekulative Blase, weil nicht die Realwirtschaft die ökonomische Entwicklung bestimmt, sondern die kurzfristigen Erwartungen des Kapitalmarktes. Die Auswirkungen der Immobilienkrise und anderer Finanzbereiche werden Politik und Wirtschaft noch länger beschäftigen. Wie stark sie sich tatsächlich auf die Konjunktur auswirken werden, ist zurzeit schwer absehbar. Eine Rezession herbei zu reden wäre kontraproduktiv. Einer möglichen Abschwächung der konjunkturellen Situation unvorbereitet gegenüber zu stehen wäre allerdings ebenso fahrlässig. Die drastischen Zinssenkungen der US-Notenbank und das vom US-Kongress beschlossene Konjunkturprogramm sind ein Beleg dafür, dass Handlungsbedarf besteht.

Wachsende Risiken für den deutschen Export würden die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland gefährden, sofern es nicht gelingt, die **Binnennachfrage** zu **stimulieren**. Konjunkturimpulse müssen jedoch zielgerichtet und nachhaltig wirken. Unsere erste Priorität ist die Förderung von Innovationen und Investitionen in der Realwirtschaft. Wir fordern ein **Programm Arbeit und Umwelt**. Die offensive **Umsetzung des Klimaschutzprogramms** ist hier die Nagelprobe für das zwingend notwendige Umsteuern. Wir müssen uns als Partei der ökologischen Modernisierung profilieren.

Umfassende Steuerentlastungen für alle, wie sie aus der Union gefordert werden, sind der falsche Weg. Erfolgversprechender ist eine **zielgerichtete Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen** nicht nur im steuerlichen Bereich von Grundfreibeträgen und Eingangssteuersätzen, sondern durch gezielte Verbesserungen bei sozialpolitisch wichtigen staatlichen Transferleistungen (Kindergeld, Wohngeld, Bafög, Grundsicherung, etc).

Die Dimension der gegenwärtigen Finanzkrise zeigt aber zugleich den notwendigen **Regulierungsbedarf auf den Finanzmärkten**. Die Krise ist auch ein Fingerzeig dafür, dass Debatten, wie die sogenannte „Heuschrecken-Debatte“ oder die Kritik am globalen, ungezügelter Kapitalismus nicht so folgenlos bleiben können, wie sie es in der Vergangenheit häufig waren. Wo internes Risikomanagement zum Teil dramatisch versagt, werden wohl auch die vielfach geforderten freiwilligen Selbstverpflichtungen der Finanzwirtschaft kaum Wirkung entfalten. Der gesetzliche Regelungsbedarf zu einer Stärkung der Bankenaufsicht oder zur einer größeren Kontrollfähigkeit der Aufsichtsräte liegt auf der Hand. Grundsätzlich gilt: Auf internationaler Ebene brauchen wir ein neues Bretton Woods für die internationalen Finanzmärkte, angestoßen von der EU, um ein weltweit gemeinsames System von Regeln, Kontrollen und Sicherheiten zu etablieren.

Die Immobilienkrise macht aber auch deutlich, dass Risiken für das Finanzsystem nicht nur von aggressiv operierenden Private-Equity- und Hedge-Fonds ausgehen, sondern auch von hochspekulativen Investments bei mangelnder Risikovorsorge bei Banken und Versicherungen. Es reicht also nicht aus, nur über **gesetzliche Maßnahmen im Bereich von Fonds-Aktivitäten** nachzudenken, die z.B. die risikoträchtige Kreditfinanzierung der Fonds beschränken, sondern es bedarf auch einer **wirksameren Kontrolle „traditioneller“ Banken- und Versicherungskonzerne**

im Rahmen der Banken- und Finanzaufsicht. Auch gesetzliche Maßnahmen zur Regulierung außerbilanzieller Aktivitäten müssen in diesem Zusammenhang eingeleitet werden.

Im Zusammenhang mit der Krise der IKB-Bank muss leider aktuell festgestellt werden: Es ist schon einigermaßen befremdlich, dass wichtige politische Projekte an vergleichsweise geringen Summen unter der Begründung mangelnder Haushaltsspielräume scheitern, aber zum Ausgleich für Managementfehler im Bankenbereich schnell und ohne große öffentliche Debatte mehrere Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Hier die müssen die privaten Finanzdienstleister stärker in die Verantwortung für derartige Stabilisierungsaktionen genommen werden, die im Interesse der gesamten Branche unternommen werden.

Das Jahr der Arbeitnehmer

Die Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften hat sich mit dem Hamburger Parteitag und seinen Ergebnissen wieder merklich verbessert. Dieser Prozess muss nachhaltig verstetigt werden, denn nur in engem Schulterschluss mit den Gewerkschaften kann erfolgreiche Politik für abhängig Beschäftigte durchgesetzt werden.

Zentrales Projekt der SPD für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleibt die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen **Mindestlohnes**. Dieses ist in einer Koalition mit der Union nicht zu machen. Aber: Es gibt klare Vereinbarungen in der Koalition über das Arbeitnehmerentendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz. Dahinter kann es kein Zurück mehr geben.

Leiharbeit ist ein mögliches Instrument um Unternehmen die notwendige Flexibilität zum Auffangen von Auftragschwankungen zu geben. Es ist vertretbar, wenn es sehr gezielt eingesetzt wird und für die Arbeitnehmer eine ausreichend rechtliche Absicherung und tarifliche Bezahlung beinhaltet. Zu viele Unternehmen missbrauchen die gesetzlichen Regelungen. Es kommt vermehrt zu Lohndumping und zur Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten. In 2008 braucht es daher konkrete Initiativen, die für die weitgehende Gleichstellung der Leiharbeiter mit der Stammbeslegschaft sorgen und der Tendenz des Austausches großer Belegschaftsteile zugunsten der Leiharbeit wirksam entgegenwirken. Die Weigerung von CDU/CSU, die Leiharbeiter besser zu schützen, ist skandalös.

Der Beschluss der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre braucht weitere flankierende Maßnahmen, insbesondere wegen der individuell unterschiedlichen Belastungen im Beruf und wegen der derzeitigen Chancen Älterer auf dem Arbeitsmarkt. Die SPD steht hier in der Pflicht, eine glaubwürdige Antwort auf die differenzierten Lebenslagen älterer Beschäftigter zu geben. Die Rente mit 67 darf nicht zur dauerhaften Belastung für die Glaubwürdigkeit der SPD und ihr Vertrauen bei Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaften werden. Daher muss in der Großen Koalition für entsprechende Regelungen gekämpft werden, die es erlauben, den **Übergang vom Erwerbsleben in die Rente flexibler gestalten** zu können. Wichtige Elemente müssen in diesem Zusammenhang sein:

- die attraktivere Ausgestaltung des Teilrentenbezuges,
- verbesserte Bedingungen für den Zugang zur Erwerbsminderungsrente
- die Schaffung der Möglichkeit, Rentenbeiträge freiwillig aufzustocken,

Es ist absehbar, dass wir ohne eine entsprechende politische Gegensteuerung zukünftig mit wachsender **Armut im Alter** konfrontiert sein werden. Auch die Debatte der letzten Wochen über die Wirkungen und Sinnhaftigkeit der Riester-Rente hat gezeigt, dass in der Öffentlichkeit eine hohe Sensibilität für dieses Thema besteht. Daher bedarf es dringend der Erarbeitung eines Konzeptes, wie Armut im Alter wirksam verhindert werden kann. Eine **garantierte Mindestrente für Arbeitnehmer** mit langen Beitragszeiten zur Rentenversicherung ist hierbei ein richtungsweisender Vorschlag. Kurzfristig ist die Höhe der Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern, die Langzeitarbeitslose im Rahmen des Bezuges von ALG II erwerben.

Handlungsfähiger Staat – Gerechte Lastenverteilung

Eine sozialökologische Marktwirtschaft mit mehr Wirtschafts- und Lebensqualität und einer menschenwürdigen Daseinsvorsorge erfordert einen starken staatlichen Sektor – sowohl als Korrektiv zur Blindheit des Marktes als auch um wichtige ökonomische Impulse zu setzen.

Die Konsolidierungsstrategie „sanieren und investieren“ hat sich gegenüber strikten Sparprogrammen als überlegen erwiesen. Der Staat muss sich daher dauerhaft Spielräume bewahren, um auch in wirtschaftlichen Schwächephasen handlungsfähig zu bleiben. **Schuldengrenzen** in der Finanzverfassung dürfen konjunkturpolitisch nicht **kontraproduktiv** wirken und einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik nicht im Wege stehen.

Den Staat in seiner finanziellen Handlungs- und Interventionsfähigkeit zu stärken und dabei die Lasten gerecht zu verteilen, dies muss das Leitmotiv sozialdemokratischer Politik sein. Eine gerechte Steuerpolitik muss **kleine und mittlere Einkommen entlasten**. Gleichzeitig müssen die unteren Einkommensgruppen bei den Lohnnebenkosten entlastet werden, damit mehr Netto vom Brutto bleibt. Umfassende und allgemeine Steuer- und Abgabensenkungen sind dagegen nicht verkraftbar, wenn die finanzielle Basis des Staates nicht untergraben werden soll. Auch angesichts des Ziels der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung müssen Entlastungen für untere und mittlere Einkommensgruppen möglichst weitgehend aus dem Bereich hoher Einkommen und großer Vermögen gegenfinanziert werden. Neben der **Wiedereinführung der Vermögensteuer** ist auch eine **höhere Erbschaftsteuer** dringend geboten. Darüber hinaus ist eine Abschmelzung des Ehegattensplittings längst überfällig. Durch diese Maßnahmen können große Teile einer Einkommensteuerreform zu Gunsten kleiner und mittlerer Einkommen gegenfinanziert werden.

Die Handlungsfähigkeit des Staates macht sich aber nicht nur an seiner Finanzkraft fest, sondern auch an der Fähigkeit von Politik demokratische Kontrolle über zentrale Elemente der öffentlichen Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Deshalb sind an eventuelle Veränderungen bei der **Deutschen Bahn** hohe Maßstäbe anzulegen. Zentrale Grundanforderungen aus Sicht der PL sind in diesem Zusammenhang:

- Private Investoren dürfen keinen zentralen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Bahn bekommen, insbesondere was die Qualität und den Ausbau der Bürgerbahn für den Personenverkehr betrifft.
- Die Bahn muss als integrierter Konzern erhalten bleiben. Es darf zu keiner Trennung von Netz und Betrieb oder zu einer Zerschlagung des konzerninternen Arbeitsmarktes kommen.
- Zentrale Weichenstellungen bei der DB AG bedürfen der Zustimmung des Parlamentes.
- Die Beschlüsse des Hamburger Parteitagcs gelten. Sollte von ihnen in wesentlichen Punkten abgewichen und kein Konsens in Parteivorstand und Parteirat erzielt werden, kann darüber nur ein Sonderparteitag entscheiden.

Neues Vertrauen durch glaubwürdige Politik

Das Jahr 2008 ist ein entscheidendes Jahr für die SPD im Hinblick auf die Bundestagswahlen im nächsten Jahr. Hier legen wir die Grundlage dafür, dass der Aufbruch des Hamburger Parteitages nachhaltig - und für die Bevölkerung glaubwürdig - mit Leben gefüllt wird. Entscheidend dafür wird sein, dass es der SPD gelingt, ein überzeugendes und in sich konsistentes **Leitmotiv sozialdemokratischer Reformpolitik** zu entwickeln und zu vermitteln. Dazu muss sie insbesondere

- **in der großen Koalition mit einem klaren und eindeutigen Profil erkennbar sein und Konflikte mit dem Koalitionspartner offensiv austragen,**
- **von einem klaren Interessensstandpunkt aus im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften agieren,**
- **langfristig politische Antworten in zentralen Kernthemen entwickeln, die den differenzierten Lebenslagen in der Bevölkerung Rechnung tragen. Das stärkt die Integration und Bündnisfähigkeit innerhalb der SPD-Wählerschaft (Arbeitnehmerschaft, linkes Bürgertum, verantwortliche Unternehmerschaft). Dies fördert die Koalitions- und Bündnisfähigkeit im fortschrittlichen Teil des Parteienspektrums.**

Nur durch glaubwürdige Politik lässt sich neues Vertrauen bei der solidarischen Mehrheit der Gesellschaft gewinnen.